

Energieszene

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): **3 (1984)**

Heft 2: **Widerstand**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

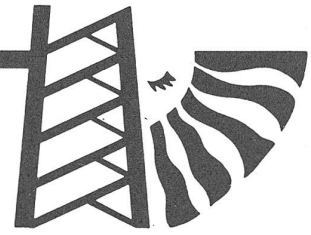
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Kassensturz präsentiert Wunschdenken aus dem Computer

In seiner Sendung vom 30. April 1984 präsentierte der Kassensturz zwei Energieszenarien, die einerseits mit Sparmassnahmen und andererseits mit mehr Atomkraftwerken die Energieprobleme der Zukunft mit Stichjahr 2010 lösen wollen.

Das Atomszenarium stützte sich dabei auf völlig unrealistische Annahmen.

1. Aus den Atomkraftwerken Kaiseraugst und Graben sollen – zusammen mit den bereits bestehenden Werken – mehr als 1000000 Wohnungen an nukleare Fernwärme angeschlossen werden. In den Regionen dieser Werke gibt es aber diese Anzahl Wohnungen nicht. Mit den stärksten Zwangsmassnahmen (Anschlusszwang) liessen sich höchstens 500000 Wohnungen mit Atomwärme beheizen.

2. In dieser Elektrostrategie wird angenommen, der ganzen Region Basel könne die Fernwärme aus dem AKW Kaiseraugst aufgezwungen werden. Wer die politische Lage jener Region kennt, weiss, dass dies wohl höchstens ein Wunschtraum bleiben dürfte. Im Energiekonzept beider Basel wurde die Fernwärme aus Kaiseraugst bereits gestrichen. Die Basler dürften sich für solche Planerarroganz bedanken!

3. Der Strompreis werde sich beim Zubau neuer Atomkraftwerke real verbilligen, prognostiziert die Elektroseite. Die gegenteilige Tendenz ist heute sichtbar: Der Preis für die Heizkosten der weiteren 1000000 Wohnungen, die mit Elektroheizungen ausgerüstet werden sollen, wird mit dieser Strategie unbezahlbar werden.

4. Im Traumszenarium der Elektrowirtschaft fahren im Jahre 2010 700000 Fahrzeuge mit elektrischem Strom, obwohl es solche Fahrzeuge heute noch nicht gibt und deren Marktchancen von den Autoherstellern sehr pessimistisch beurteilt werden. Zudem wurden die bereits bekannten Zusatzkosten solcher Elektroautos, welche lediglich als Zweitautos in Frage kämen (geringe Reichweite, geringe Geschwindigkeit), systematisch unterschätzt.

5. Der Unterschied zwischen den beiden Szenarien bezüglich Luftbelastung im Jahre 2010 war 1,5 Prozent SO_2 , 3 Prozent NO_x und 10 Prozent CO_2 zuungunsten des Sparszenarium ausserordentlich gering und liegt innerhalb der für solche Planungszeiten akzeptierten Ungenauigkeiten. Die Luftbelastung vermindert sich also bei beiden Szenarien ungefähr gleich stark. Bezüglich der Umweltbelastung hingegen produziert das Sparszenarium 40 Prozent weniger hochradioaktiven Atommüll und 20 Prozent weniger Wärmebelastung.

6. Aus dem Atomszenarium geht hervor, dass von den beiden neuen Atomkraftwerken Kaiseraugst und Graben 1,2 AKW für Elektroheizung, 0,4 für Elektroautos und weitere 0,4 für Fernwärme gebraucht werden. Keine Kilowattstunde geht in den Verbrauch von Strom, Licht, Kraft, Prozess, Maschinen usw. Dies zeigt deutlich, dass die beiden zusätzlichen Atomkraftwerke lediglich den Anteil der Elektrowirtschaft am Wärmemarkt vergrössern sollen. Dies steht in krassem Widerspruch zu den bisherigen Beteuerungen zum Bedarfsnachweis und dürfte auch nicht der Sinn des Bedarfsnachweises sein.

Das Energiesparszenarium dagegen schlägt folgende sechs Massnahmen vor:

- Isolation der Gebäude
- Individuelle Heizkostenabrechnung
- Regelung der Heizung
- Wärmerückgewinnung
- höherer Wirkungsgrad von Anlagen
- energiesparende Massnahmen bei Vielfahrern (Taxis usw.)

Innerhalb der nächsten 25 Jahre sollen 90 Prozent der Wohnungen und Bürogebäude von *einer* dieser Massnahmen und 30 Prozent von zwei und mehreren Massnahmen betroffen werden. Dieses Ziel ist realistisch: Es wird allgemein angenommen, dass die gesamte Bausubstanz innerhalb von 30 Jahren renoviert wird. Überdies wurden die Fragen nach der sozialen und politischen Machbarkeit und Akzeptanz im Sparszenarium gründlich geprüft und in Auswahl und Anwendungsgrad der Massnahmen berücksichtigt. Im Szenarium der Elektrowirtschaft hingegen wurden sie völlig ausgeklammert: Dieses Szenarium lässt sich, wenn überhaupt, nur mit rigorosen Zwangsmassnahmen durchsetzen.

Somit muss festgestellt werden, dass – unter Ausklammerung der eigentlich relevanten Fragen in der Energiepolitik – die Computerberechnungen im Atomszenarium zu einem reinen Zahlenspiel geraten sind. Energiepolitik aber ist mehr als Technik und Physik.

Lydia Trüb

10 Jahre SSES

Am 22. Juni 1974 wurde in Bern in einem Sitzungszimmer des Bundesamtes für Bildung und Wissenschaft die Schweizerische Vereinigung für Sonnenenergie gegründet. 28 Personen waren anwesend. Ein Pressecommuniqué erschien, begleitet von ironischen Kommentaren. Selbst ernsthafte Zeitschriften wie zum Beispiel die «Schweizerische Bauzeitung» publizierten Witz-Zeichnungen von weltfremden Professoren, welche, die Füsse im Wasser und unter einem Regenschirm, mit einem Teleskop den bewölkten Himmel nach der Sonne absuchten.

Sechs Jahre später wies die SSES 6000 Mitglieder auf und war damit weltweit – relativ zur schweizerischen Bevölkerungszahl – die grösste nationale Sonnenenergie-Gesellschaft. Sie war im richtigen Zeitpunkt ins Leben gerufen worden und der verantwortliche Bürger hatte auf den Ruf geantwortet. Halt der Energieverschwendung, vom Einkommen leben statt vom Kapital, die soziale und natürliche Umwelt erhalten und nicht zerstören: Das waren die Leitworte der Bewegung. Sie wurden gehört. Entgegen allen offiziellen Prognosen stagnierte der Bruttoenergieverbrauch. Energetische Gebäudesanierungen ergaben Minderverbrauchswerte von 50 bis 80 Prozent. Auf privater Initiative entstanden energieautarke Solarhäuser in allen Klimaregionen des Landes. Die Problematik der territorialen Unabhängigkeit der Schweiz angesichts der 80-%igen Abhängigkeit von Ölimporten wurde bewusst. Die Schweiz kann dank Sonnenenergienutzung energetisch weitgehend autark werden. Die grosse Tradition der Wasserkraftnutzung kann mit andern Sonnenenergieformen fortgesetzt werden.

Die 10jährige Geschichte der SSES ist also die Geschichte einer erfolgreichen Bewegung. Dies ist um so beachtenswerter, als dieser Erfolg trotz der systemati-

schen Behinderung durch die etablierte Energiewirtschaft, durch die Mehrheit der führenden Politikern und durch die Behörden errungen wurde:

- Die Behinderung beginnt schon beim heillosen Durcheinander, der durch die Ablehnung einer einheitlichen und umfassenden Definition der Sonnenenergie verursacht wurde. Die SSES hatte hier Klarheit geschaffen und deutlich unterschieden zwischen importierten Energieträgern aus erschöpflichen Quellen und einheimischer, unerschöpflicher Sonnenenergie in allen ihren Erscheinungsformen.
- Ein ähnliches Durcheinander wurde in den Wirtschaftlichkeitsrechnungen gefördert. Kapitalverbrauch und Zinsnutzung sind nicht vergleichbar. Das hinderte die Behörden und ihre angeheuerten Wissenschaftler nicht daran, Fehlvergleiche anzustellen und Sonnenenergie als teuer zu bezeichnen. Dabei kann der unwirtschaftliche Atomstrom nur dank Milliardensubventionen aus dem Verkauf billiger, solarer Hydroelektrizität abgesetzt werden.
- Nur Sonnenenergienutzung ist an einer echten Spartechnologie interessiert, denn die Wirkung solarer Anlagen ist um so grösser, je kleiner der Gesamtenergiebedarf ist. Deshalb wurden Verkäufer von Öl, Gas, Atomstrom und Atomwärme eingesetzt, um die gewaltigen Möglichkeiten der effizienten Energienutzung zu verschleiern.
- Die Sonnenenergieforschung wurde unter sicherer Kontrolle durch die Atomlobby am Eidgenössischen Institut für Reaktortechnik angesiedelt. Mit gleicher politischer Logik könnte man den Borkenkäfer zum Retter unserer Wälder ernennen.
- Diese behördliche Behinderungspolitik wird durch die Kommission zur Nutzung der Sonnenenergie (KNS) unterwürdig untermauert. «Die Sonne wird immer nur einen Teil der für die Schweiz notwendigen Energie liefern können», sagt die KNS in ihrer Neuevaluation vom Frühjahr 1983. Das ist natürlich ein wissenschaftlicher Unsinn. Während Jahrhunderten war die Sonne die einzige Energiequelle der Schweiz und es wird kaum ein vernünftiger Grund anzugeben sein, warum die Fehlentwicklung der letzten 150 Jahre mit allen ihren katastrophalen Folgeerscheinungen nicht korrigiert werden sollte. Die wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten sind vorhanden. Die KNS sollte auf die politischen Hindernisse hinweisen.

Die 10jährige Geschichte der SSES ist die Geschichte einer erfolgreichen Volksbewegung und die Geschichte des

Versagens der politischen und wirtschaftlichen Führer des Landes zugleich. Es ist müssig zu fragen, was der Stellenwert der Sonnenenergienutzung heute wäre, wenn die Zeichen der Zeit in der schweizerischen Energiepolitik Eingang gefunden und langfristig orientierter Realismus den eidgenössischen Opportunismus ersetzt hätten. Hoffen wir, dass das Waldsterben die Unverantwortlichkeit der bisherigen Politik bewusst macht.

Politik, sagt man, sei die Kunst des Möglichen. Damit wird allzuoft Unfähigkeit und Opportunismus entschuldigt. Spätestens seit einem Jahrzehnt ist erkannt worden, dass Politik die Kunst sein muss, das Notwendige möglich zu machen. Diese Kunst ist allerdings bedeutend anspruchsvoller. Pierre Fornallaz

Basler Wirtschaft sprach sich für Kaiseraugst aus

Ja zur Atomenergie, ja zum Standort Kaiseraugst sagt die Wirtschaft der Region Basel. Man hatte lange, zu lange gewartet, bis die Katze aus dem Sack gelassen wurde.

Ende Mai haben die Vertreter der beiden grossen regionalen Wirtschaftsverbände, die Basler Handelskammer und der Verband der Industriellen von Baselland, die Bevölkerung wissen lassen, dass sie das Projekt für das Atomkraftwerk Kaiseraugst unterstützen. Mit einem geradezu peinlichen Opportunismus hatte man bisher in diesen Kreisen geschwiegen, denn offensichtlich ging die Basler Wirtschaft mit ihren Politikern nicht einig. Die der Handelskammer und dem Industriellenverband nahestehenden Politiker schwiegen hörbar.

In ihrem «Energiebericht» gibt die Wirtschaft ihren Standpunkt preis. Die Hoffnung, dass die offizielle Basler Wirtschaft eine Energiepolitik befürwortet, die dem mehrheitlichen Willen der Bevölkerung und den Bemühungen der Regierungen beider Basler Halbkantone entgegenkommt, hat sich schon auf den ersten Seiten dieser Schrift zerschlagen. Was hier geboten wird, sind einerseits Platitüden, wie sie nur noch von den ganz Dummen der Elektrowirtschaft in dieser Form angeboten werden, andererseits ein Zusammenschrieb aus dem GEK-Schlussbericht und verschiedenen Bundespapieren der letzten Jahre.

Von Sparmassnahmen hält die Basler Wirtschaft gar nichts. Sie schreibt, es sei schwierig zu beurteilen, wie sich «die nun breiter um sich greifenden Energiesparmassnahmen auswirken werden». Der Einsatz von Wärmekraftkoppelungsanlagen und die bessere Ausnutzung bestehender Anlagen würden «nur ausnahms-

weise wirtschaftlich» sein.

Die Frage Kaiseraugst wird zur «Nationalen Frage» hochstilisiert. Basel, so heisst es, leiste zwar seinen Beitrag zur eidgenössischen Energiepolitik, aber nicht an die «nationale Interessenlage». Im Kapitel «Atomenergie» wird festgestellt, dass Atomkraftwerke eine verantwortbare Energietechnik darstellen, dass die Entsorgung der Abfälle gelöst würde, die Umwelt geschont werde und die Risiken minim seien.

Ohne eine grosse, wenn auch sehr zweifelhafte Hoffnung kommt auch die Basler Atomlobby nicht aus: «Auch wenn im Vorfeld des Entscheides der ablehnende Standpunkt deutlich und vehement vorgetragen wird, ist kein Grund ersichtlich, weshalb nicht auch in der Basler Region die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung einen rechtmässig zustande gekommenen Entscheid respektieren würde.»

Klar ausgedrückt heisst das: ihr könnt ruhig noch ein bisschen protestieren und dagegen sein, aber gebaut wird trotzdem. Mit keinem Wort erwähnt die Basler Wirtschaft das staatspolitische Problem, das der Bau von Kaiseraugst ebenfalls darstellt. Mit keinem Wort wird auf die regionalen Verhältnisse eingegangen. Nach Meinung der Basler Wirtschaft muss sich die Region Basel ein Atomkraftwerk gegen den erklärten Willen seiner Bevölkerung aufzwingen lassen.

Der dritte Weg, den der Tessiner Umweltpolitiker Fulvio Caccia vorgeschlagen hat, nämlich auf Kaiseraugst zu verzichten um das energiepolitische Patt zu lockern, wird von der Basler Wirtschaft ebenfalls als unrealistisch und aussichtslos abgelehnt.

Eine Zeitlang schien die Hoffnung berechtigt, dass der Kelch «Kaiseraugst» an der Region Nordwestschweiz vorbeigehen würde. Diese Hoffnung kann nur noch Realität werden, wenn die Atom- und Energieinitiativen angenommen werden. Dass die Basler Wirtschaft im anderen Lager ist, wussten Insider schon lange, nun hat sie die Maske fallen lassen.

Die Befürworter der Atomenergie im Raum Basel werden alles daran setzen, dass in der September-Abstimmung in Basel-Stadt und Baselland schlechtere Abstimmungsergebnisse erzielt werden, als bei früheren Abstimmungen zum gleichen Thema. Wenn der Widerstand in der Region Nordwestschweiz sich als kleiner wie bisher herausstellen wird, so glauben die Atomstrombetreiber, liesse sich der Bau auch staatspolitisch durchdrücken. An entsprechender Propaganda wird denn auch nicht gespart.

Immerhin muss erwähnt werden: Basler und Baslerbieter Regierung und der Basler Grosse Rat haben sich eindeutig von der Stellungnahme der Basler Wirtschaft distanziert. Toya Maissen